



2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
------	-------------	------	------	------	------	------



Aufgaben- und Finanzplan 2013–2016

Beschluss des Stadtrats vom 19. September 2012

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
1.1	Zahlenüberblick	3
1.2	Kommentar	4
2	Gesamtsicht	8
2.1	Finanzentwicklung	9
2.2	Steuerentwicklung	10
2.3	Stellenentwicklung	11
3	Aufgaben- und Finanzplan der Departemente und Dienstabteilungen	13
3.1	10 Behörden und Gesamtverwaltung	14
3.2	15 Präsidialdepartement	15
3.3	20 Finanzdepartement	16
3.4	25 Polizeidepartement	17
3.5	30 Gesundheits- und Umweltdepartement	19
3.6	35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	21
3.7	40 Hochbaudepartement	22
3.8	45 Departement der Industriellen Betriebe	23
3.9	50 Schul- und Sportdepartement	24
3.10	55 Sozialdepartement	27

1 Einleitung



		RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Laufende Rechnung	Aufwand	7'849.7	8'378.3	8'324.9	8'490.4	8'630.7	8'772.1
	Ertrag	-7'843.9	-8'378.9	-8'240.9	-8'144.2	-8'204.5	-8'284.8
	Saldo (+ = Aufwandsüberschuss / - = Ertragsüberschuss)	5.8	-0.6	84.0	346.2	426.2	487.2
	Steuern	-2'391.0	-2'596.9	-2'535.8	-2'520.8	-2'535.8	-2'555.8
Investitionsrechnung	Verwaltungsvermögen						
	Ausgaben	873.8	1'038.5	1'276.7	1'350.5	1'231.8	1'288.7
	Einnahmen	-132.9	-107.9	-230.7	-144.9	-121.4	-152.2
	Nettoinvestitionen	740.9	930.6	1'046.0	1'205.6	1'110.3	1'136.5
	Finanzvermögen						
	Ausgaben	36.8					
	Einnahmen	-50.5					
Saldo (+ = Zuwachs Sachwertanlagen / - = Verminderung Sachwertanlagen)	-13.6						
Geldflussrechnung	Umsatzbereich	564.5	422.6	400.2	255.9	199.7	165.7
	Investitionsbereich	-646.8	-956.5	-1'052.2	-1'255.2	-1'160.3	-1'178.4
	Finanzierungsüberschuss (+) Finanzierungsfehlbetrag (-)	-82.3	-533.9	-652.0	-999.3	-960.7	-1'012.7
	Finanzierungsbereich	189.0	0.0	250.0	900.0	1'012.0	950.0
	Veränderung Flüssige Mittel	106.6	-533.9	-402.0	-99.3	51.3	-62.7
	Endbestand Flüssige Mittel	1'282.8	748.9	346.9	247.6	299.0	236.3
Bestandesrechnung	Finanzvermögen	5'122.5	4'638.6	4'286.6	4'237.3	4'338.6	4'325.9
	Verwaltungsvermögen	6'638.0	7'027.6	7'496.4	8'069.0	8'558.3	9'068.7
	Spezialfinanzierung	488.8	437.1	383.4	327.5	269.4	209.0
	Bilanzfehlbetrag	0.0	0.0	0.0	0.0	141.7	629.0
	Aktiven	12'249.2	12'103.3	12'166.4	12'633.9	13'308.0	14'232.6
	Fremdkapital	8'713.1	8'665.1	8'888.0	9'733.4	10'683.5	11'573.4
	Spezialfinanzierung	2'822.0	2'723.5	2'647.7	2'615.9	2'624.5	2'659.1
	Eigenkapital	714.1	714.7	630.7	284.5	0.0	0.0
	Passiven	12'249.2	12'103.3	12'166.4	12'633.9	13'308.0	14'232.6
	Kennzahlen	Steuerfuss	119%	119%	119%	119%	119%
Stellenwerte	19'825.96	20'301.76	20'693.76	20'957.64	21'176.84	21'413.94	
Selbstfinanzierungsgrad	77.7%	53.6%	42.0%	25.9%	23.2%	20.6%	

Der Aufgaben- und Finanzplan als Planungs- und Steuerungsinstrument

Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) dient dem Stadtrat als mittelfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument. Die Daten wurden in verschiedenen Planungsschritten im Verlaufe dieses Jahres von den Departementen und Dienstabteilungen erfasst. Die Konsolidierung und Analyse der Daten erfolgt durch die Finanzverwaltung der Stadt Zürich und bezüglich den Stellendaten durch HR Stadt Zürich.

Der AFP zeigt, analog dem Detailbudget und der Jahresrechnung, die Werte nach Departementen gegliedert. Der AFP wird zusammen mit dem Budget publiziert. Das im AFP abgebildete Budgetjahr (aktuell das Jahr 2013) entspricht dem Detailbudget. Im AFP werden drei weitere Planjahre abgebildet.

Ausgangslage

Der Haushalt der Stadt Zürich hat der Finanzkrise insgesamt besser Stand halten können als beim Ausbruch im Frühjahr 2008 befürchtet werden musste. Der Steuerertrag der juristischen Personen hat sich seither zwar nicht wie gewünscht entwickelt. Die Entwicklung der Steuererträge der natürlichen Personen, der Grundstückgewinnsteuer und der Quellensteuer ist demgegenüber erfreulich. Ein überproportionaler Anstieg der Sozialkosten ist bisher ausgeblieben.

Im Rechnungsjahr 2011 konnte ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis erzielt werden. Ende Rechnungsjahr 2011 beträgt das Eigenkapital der Stadt Zürich nach wie vor 714,1 Mio. Fr.

Insbesondere aufgrund tieferer Steuereinnahmen als budgetiert, ist im Rechnungsjahr 2012 mit einem Aufwandüberschuss zu rechnen. Budgetiert ist eine ausgeglichene Rechnung.

Planungsziele

Der Planungsprozess für das Budget 2013 wurde im März 2012 mit klaren Vorgaben an die Departemente und Dienstabteilungen lanciert. Der Stadtrat hat am 28. März 2012 die Eckwerte beschlossen und die departementalen Plafonds festgelegt. Anfang Juni 2012 fanden mit allen Departementen Gespräche über die erste Version der Planung statt. Die in den Planungsgesprächen vereinbarten Massnahmen, welche sowohl die Laufende Rechnung als auch die Investitionsrechnung betrafen, wurden von den Departementen und Dienstabteilungen bis Ende August 2012 umgesetzt.

Der Stadtrat hat im Rahmen des Planungsprozesses folgende finanzpolitischen Ziele vorgegeben:

- Dem Gemeinderat wird in der Planperiode ein Budget 2013 vorgelegt, das ein Defizit von höchstens 100,0 Mio. Fr. aufweist.
- Der Steuerfuss bleibt in der Planperiode unverändert bei 119 %.
- Per Ende der Planperiode soll kein Bilanzfehlbetrag entstehen.
- Bei den Nettoinvestitionen wird wie bisher darauf geachtet, dass ein Plafond von 850,0 Mio. Fr. eingehalten wird. Der Investitionsplafonds für den Verwaltungsbereich beträgt im Durchschnitt 400,0 Mio. Fr.

Rahmenbedingungen

Folgende Rahmenbedingungen prägen das Budget 2013 sowie die Planung 2014 bis 2016:

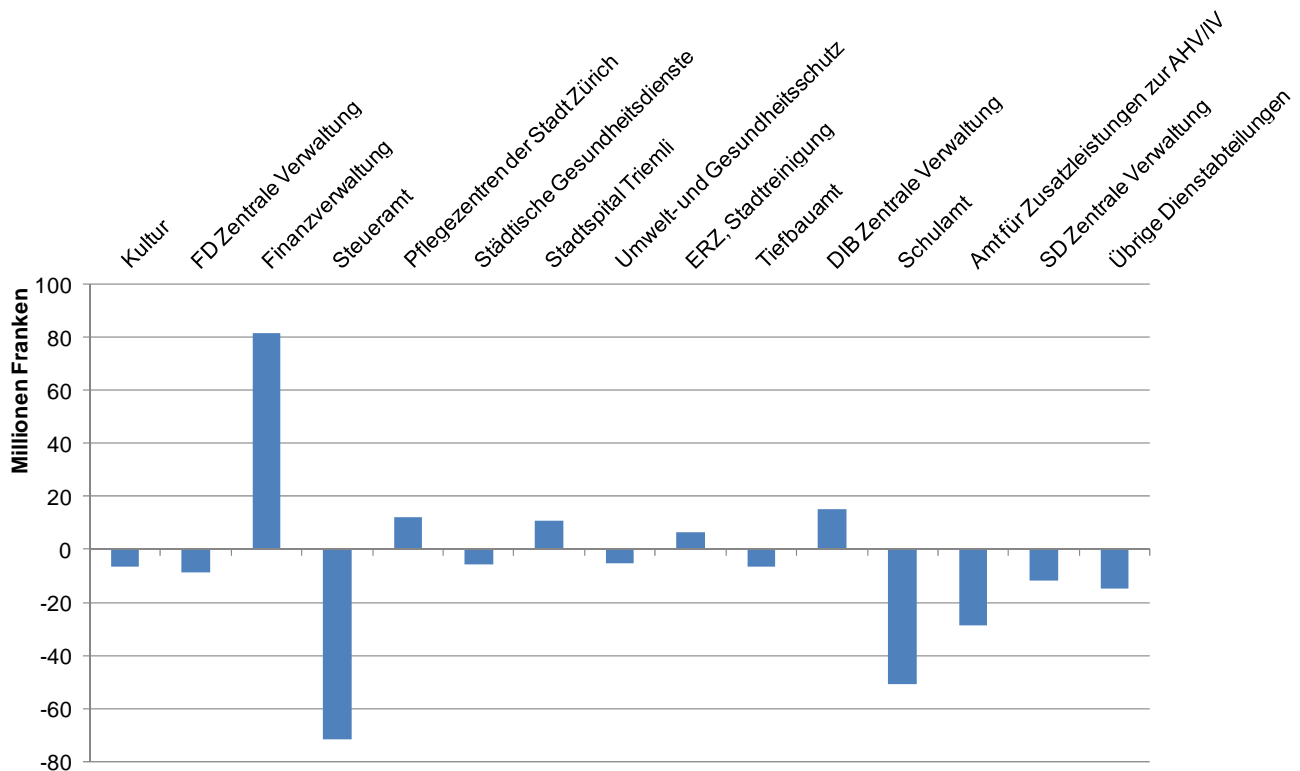
- Wirtschaftlich schwieriges Umfeld und damit verbunden, stagnierende Steuereinnahmen
- Revision der Familienbesteuerung
- Europäische Schuldenkrise mit unsicheren Auswirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft
- Historisch tiefe Zinsen aufgrund der hohen Geldmenge
- Verschiedene Belastungen der Finanzbranche und damit auch des von dieser Branche abhängigen Standorts Zürich
- Steigende Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern und damit einhergehende Infrastrukturbedürfnisse
- Unsicherheiten insbesondere bei der Pflege- und Spitalfinanzierung

Laufende Rechnung

Übersicht Laufende Rechnung:

	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Aufwand	7'849.7	8'378.3	8'324.9	8'490.4	8'630.7	8'772.1
Ertrag	-7'843.9	-8'378.9	-8'240.9	-8'144.2	-8'204.5	-8'284.8
Saldo (+ = Aufwandsüberschuss / - = Ertragsüberschuss)	5.8	-0.6	84.0	346.2	426.2	487.2

Nachdem das Budget 2012 ein ausgeglichenes Ergebnis zeigt, ist im Budget 2013 mit einem Aufwandüberschuss in der Höhe von 84,0 Mio. Fr. zu rechnen. Die nachfolgende Grafik zeigt die Dienstabteilungen mit den grössten Abweichungen zwischen dem Budget 2012 und dem Budget 2013 (Differenz grösser als 5,0 Mio. Fr. / Saldo der Laufenden Rechnung / Positiver Wert bedeutet Verbesserung gegenüber dem Vorjahresbudget):



Nachfolgend einige Erläuterungen zu den grössten Abweichungen:

Finanzverwaltung Insbesondere aufgrund eines aussergewöhnlich hohen Anstieges der Steuerkraft der Gemeinde Rüschlikon reduziert sich die Ressourcenabschöpfung im Rahmen des Finanzausgleichs um rund 40,0 Mio. Fr. Zudem reduziert sich der Zinsaufwand aufgrund der tiefen Zinsen.

Steueramt Der Steuerertrag der natürlichen Personen wird praktisch unverändert auf hohem Niveau verbleiben. Bei den Steuererträgen der Vorjahre und der Steuerauscheidung werden etwas tiefere Erträge veranschlagt. Bei den juristischen Personen werden gegenüber dem Vorjahresbudget tiefere Steuererträge erwartet. Gemäss Umfrage schätzen die 250 grössten Firmen sowohl die Steuersituation für 2013 als auch die Steuernachträge für die Vorjahre tiefer ein. Dank dem anhaltend hohen Bestand an quellensteuerpflichtigen Personen und einem regen Liegenschaftenshandel werden voraussichtlich die Erträge der Quellen- und der Grundstückgewinnsteuern höher ausfallen.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass sich die Steuern aufgrund des Ausfalls der Steuereinnahmen vor allem bei den beiden Grossbanken nicht wie gewünscht entwickeln.

Schulamt

Die Weiterentwicklung des Lebensraums Schule (Ausbau Betreuung) und die Organisation der sonderpädagogischen Angebote sind prägend. Dazu kommt eine kontinuierliche Steigerung der Schülerzahlen.

Amt für Zusatzleistungen

Die Fallzunahmen und die damit verbundene Kostensteigerung im Bereich der Zusatzleistungen bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Im Bereich der Pflegebeiträge wurde eine Neukalibrierung der Pflegestufen vorgenommen. Die Überführung der bisherigen Pflegestufen in das ab 2013 gültige System generiert Mehrkosten von 13,0 Mio. Fr. (netto).

Der Aufgaben- und Finanzplan weist für die Planjahre 2013 bis 2016 hohe Defizite auf, womit der mittelfristige Ausgleich nicht mehr gegeben ist. Ohne Massnahmen ist am Ende der Planperiode mit einem Bilanzfehlbetrag zu rechnen, auch wenn im Rahmen der konkreten Budgetierung jeweils noch Verbesserungen im Vergleich zum AFP erreicht werden.

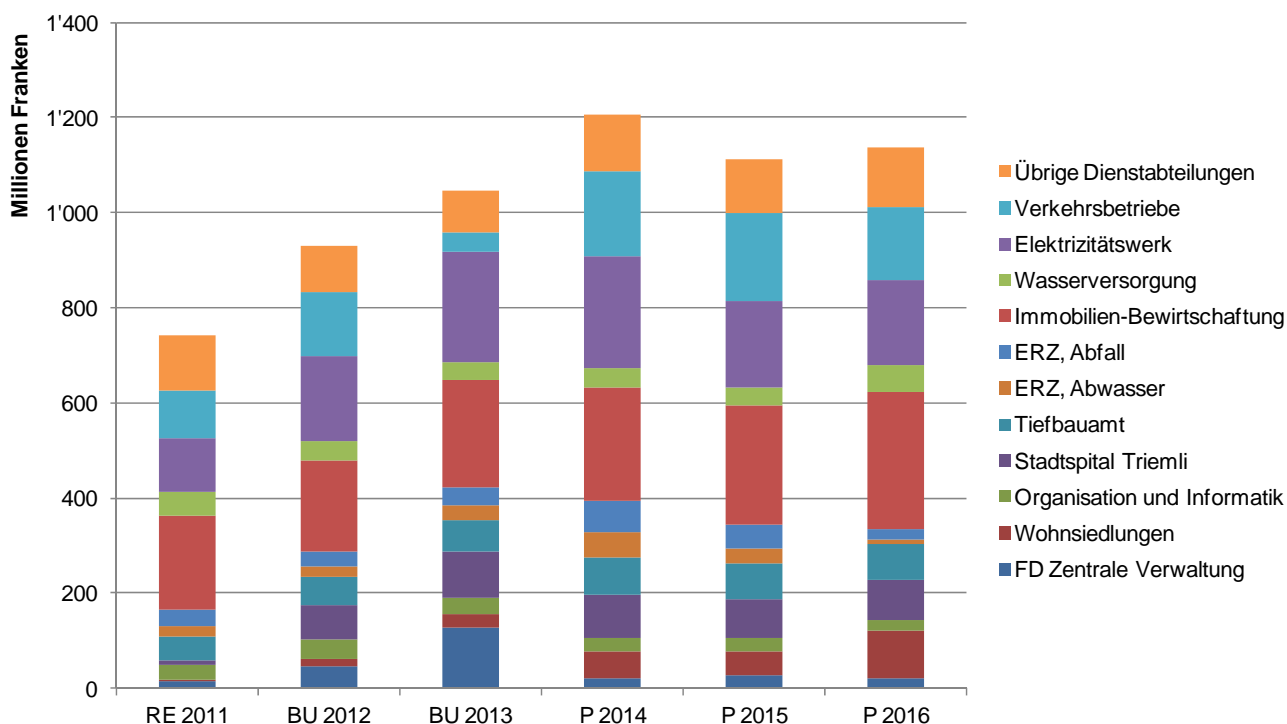
Investitionsrechnung

Übersicht Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen:

	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Ausgaben	873.8	1'038.5	1'276.7	1'350.5	1'231.8	1'288.7
Einnahmen	-132.9	-107.9	-230.7	-144.9	-121.4	-152.2
Nettoinvestitionen	740.9	930.6	1'046.0	1'205.6	1'110.3	1'136.5

In den Planjahren ist mit sehr hohen Investitionen und entsprechenden Auswirkungen auf Abschreibungen und Zinsen zu rechnen. In die Planperiode fallen auch verschiedene Grossprojekte. Der Selbstfinanzierungsgrad 2013 liegt bei tiefen 42,0 % und bewegt sich auch in den weiteren Planjahren etwa in dieser Höhe. Das bedeutet, dass ein grosser Teil der geplanten Investitionen über fremde Mittel finanziert werden muss, was zu einem Anstieg des langfristigen Fremdkapitals und einer entsprechenden Zinsbelastung führt. Es kann jedoch erfahrungsgemäss davon ausgegangen werden, dass die Investitionen nur zu 80 bis 90 % ausgeschöpft werden. In der Planung gilt es auch, den Unterhalt der geschaffenen Infrastruktur sowie die betrieblichen Folgekosten zu berücksichtigen. Ein massgeblicher Teil der Investitionen entfällt auf die Gemeindebetriebe.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen der Jahre 2011 bis 2016 nach Dienstabteilungen mit den grössten Investitionen (über 100,0 Mio. Fr. in der Periode 2013 bis 2016):



Leistungsüberprüfung

Ziel der lokalen Finanzpolitik bleibt es, die Eigenständigkeit trotz wachsender Verschuldung zu wahren, das heisst, einen Bilanzfehlbetrag abzuwenden. Der Stadtrat bewegt sich im Spannungsfeld zwischen einem ausgeglichenen Finanzhaushalt, einer attraktiven Steuerbelastung und einem guten Leistungsangebot. Wie vorstehend erwähnt, fliessen die Steuereinnahmen nicht wie gewünscht, was sich entsprechend auf den Finanzhaushalt auswirkt. Der Stadtrat hat sich deshalb entschlossen, das Leistungsangebot zu überprüfen. Er nimmt damit seine Verantwortung wahr und ist gewillt, rechtzeitig Massnahmen anzugehen. Die eingangs erwähnten Planungsziele können nur mit der Leistungsüberprüfung erreicht werden.

Verschiedene Indikatoren weisen darauf hin, dass in den vergangenen Jahren die «Luft» aus dem Budget herausgenommen wurde. Auch bezüglich der Höhe der budgetierten Steuereinnahmen besteht zurzeit kein Spielraum mehr. Darüber hinaus gilt es dem Umstand Rechnung zu tragen, dass knapp 80 % der Ausgaben der Stadt Zürich nicht durch den Stadtrat beeinflusst werden können. Ein hoher Teil der Ausgaben ist an übergeordnete Bestimmungen und Entscheide gebunden. Eine substanzielle Reduktion des Aufwandes kann deshalb nur noch mittels Überprüfung der Aufgaben der Stadt Zürich erfolgen.

Im Sinne einer zukunftsorientierten Finanzpolitik hat der Stadtrat im Rahmen der Diskussionen um den Voranschlag 2013 beschlossen, auf die erwarteten Entwicklungen zu reagieren und dafür zu sorgen, dass ab 2017 die Laufende Rechnung wieder ausgeglichen ist und kein Bilanzfehlbetrag entsteht. Ausgehend vom bestehenden Leistungsangebot wird geprüft, welche Leistungen die Stadt Zürich zu welchen Kosten und in welchem Umfang erbringen und zu welchem Preis sie diese Leistungen anbieten soll.

Im aktuell unsicheren Umfeld ist vorschnelles Handeln zu vermeiden. Der Stadtrat wird die Ergebnisse der Leistungsüberprüfung deshalb zusammen mit dem Budget 2014 und dem AFP 2015 bis 2017 vorlegen.

Neues Gemeindegesetz

Die Höhe des Eigenkapitals wird durch die geplante Änderung des Gemeindegesetzes voraussichtlich massgeblich beeinflusst. Nach heutigem Wissensstand wird das totalrevidierte Gemeindegesetz im 1. Quartal 2013 dem Kantonsrat überwiesen. Die im Gemeindegesetz enthaltenen Normen basieren auf dem Harmonisierten Rechnungsmodell 2 (HRM2). Damit verbunden ist eine Neubewertung des Verwaltungsvermögens. Die Neubewertung wird sich positiv auf das Eigenkapital der Stadt Zürich auswirken. An der Liquiditätssituation bzw. der Verschuldung ändert sich aufgrund der Neubewertung jedoch nichts. Zum jetzigen Zeitpunkt kann davon ausgegangen werden, dass die Gesetzesbestimmungen zur Haushaltungsführung per 1. Januar 2016 in Kraft treten. Da die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes noch in Diskussion ist, wurde dieser Effekt bei der Planung nicht berücksichtigt.

Merkmale des Budgets 2013 und des AFP 2014 bis 2016

Aufgrund der aktuellen Investitionen verfügt die Stadt Zürich über eine hochwertige Infrastruktur und eine gute Lebensqualität. Beides sind Standortfaktoren, die ganz vorne rangieren und die unbedingt zu bewahren sind.

Nachfolgend die Merkmale des Budgets 2013 und des AFP 2014 bis 2016:

- Die nach wie vor hohen Investitionen stützen die Konjunktur.
- Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 119 %.
- Der Steuerertrag der juristischen Personen hat sich seit dem Einbruch 2008 noch nicht vollständig erholt. Der Gesamtsteuerertrag wird durch die Erträge der natürlichen Personen, die Quellen- und die Grundstückgewinnsteuern gestützt. Insgesamt entwickeln sich die Steuereinnahmen jedoch nicht wie gewünscht.
- Weiterhin solid sind die Ertrags- und Vermögenslage der Gemeindebetriebe.
- Die stagnierenden Steuereinnahmen und das Ausgabenwachstum führen insbesondere in der Planperiode 2014 bis 2016 zu hohen Defiziten, was die Überprüfung der angebotenen Leistungen notwendig macht.

Technische Hinweise

Wo nichts anderes erwähnt ist, beziehen sich die Werte auf 1'000'000 Franken.
Entsprechend der SAP-Terminologie sind Ertrags- (Kontengruppe 4) und Einnahmenpositionen (Kontengruppe 6 und 8) mit « - » dargestellt.

Bezugsquelle

Im Internet ist der AFP unter folgendem Link verfügbar: www.stadt-zuerich.ch/fd
Gedruckte Exemplare können bei der Stadtkanzlei der Stadt Zürich, Drucksachen, Stadthaus, Postfach, 8022 Zürich bezogen werden.

2 Gesamtsicht



Laufende Rechnung - Artengliederung		RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Aufwand							
	30 Personalaufwand	2'493.4	2'660.5	2'701.2	2'784.6	2'858.2	2'938.0
	31 Sachaufwand	1'579.0	1'783.5	1'775.3	1'766.3	1'762.0	1'746.0
	32 Passivzinsen	193.0	196.7	188.2	202.9	223.8	249.0
	33 Abschreibungen	581.6	624.0	666.7	722.9	714.6	720.6
	34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung		269.5	227.3	227.3	227.3	227.3
	35 Entschädigungen an Gemeinwesen	196.8	201.4	216.9	222.6	230.0	237.0
	36 Eigene Beiträge	1'487.6	1'465.4	1'512.4	1'555.5	1'575.1	1'590.0
	37 Durchlaufende Beiträge	109.6	81.8	62.6	13.8	13.5	21.9
	38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	267.8	107.8	78.2	96.6	108.3	118.8
	39 Interne Verrechnungen	940.9	987.9	896.1	898.0	918.0	923.6
	Total Aufwand	7'849.7	8'378.3	8'324.9	8'490.4	8'630.7	8'772.1
Ertrag							
	40 Steuern	-2'391.0	-2'596.9	-2'535.8	-2'520.8	-2'535.8	-2'555.8
	41 Regalien Konzessionen	-9.9	-6.8	-7.6	-7.7	-7.7	-7.7
	42 Vermögenserträge	-363.5	-354.1	-359.8	-317.4	-319.6	-330.0
	43 Entgelte	-2'510.9	-2'691.9	-2'740.8	-2'792.7	-2'824.0	-2'858.2
	44 Anteile und Beiträge ohne Zweckb.	-31.1	-442.5	-439.3	-439.3	-439.3	-439.3
	45 Rückerstattungen von Gemeinwesen	-46.4	-37.9	-35.4	-30.8	-31.0	-31.1
	46 Beiträge für eigene Rechnung	-1'204.3	-977.1	-978.2	-996.8	-1'012.1	-1'033.3
	47 Durchlaufende Beiträge	-109.6	-81.8	-62.6	-13.8	-13.5	-21.9
	48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	-236.2	-202.2	-185.3	-127.0	-103.5	-83.8
	49 Interne Verrechnungen	-940.9	-987.9	-896.1	-898.0	-918.0	-923.6
	Total Ertrag	-7'843.9	-8'378.9	-8'240.9	-8'144.2	-8'204.5	-8'284.8
Ergebnis		5.8	-0.6	84.0	346.2	426.2	487.2

Laufende Rechnung - Gliederung Departemente		RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
	10 Behörden und Gesamtverwaltung	42.8	49.8	39.4	69.5	101.7	131.6
	15 Präsidialdepartement	128.3	141.4	149.1	149.9	150.9	151.8
	20 Finanzdepartement	-2'274.3	-2'529.3	-2'530.2	-2'414.1	-2'422.0	-2'447.7
	25 Polizeidepartement	224.3	309.4	304.1	309.1	309.0	308.5
	30 Gesundheits- und Umweltsdepartement	150.4	109.1	107.7	126.2	131.1	137.6
	35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	169.3	189.3	190.2	205.3	210.2	216.0
	40 Hochbaudepartement	-17.9	28.8	24.8	29.5	33.8	35.1
	45 Departement der Industriellen Betriebe	46.7	44.2	31.5	42.0	44.9	44.9
	50 Schul- und Sportdepartement	814.8	849.3	905.8	942.7	970.2	1'004.8
	55 Sozialdepartement	721.3	807.4	861.6	886.0	896.5	904.5
Ergebnis		5.8	-0.6	84.0	346.2	426.2	487.2

Investitionsrechnung VV Verwaltungsbereich - Artengliederung		RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
	5 Ausgaben	511.2	600.5	748.6	704.1	672.7	728.7
	6 Einnahmen	-99.6	-98.7	-115.4	-131.3	-110.2	-143.0
	Nettoinvestitionen	411.6	501.8	633.2	572.7	562.4	585.7

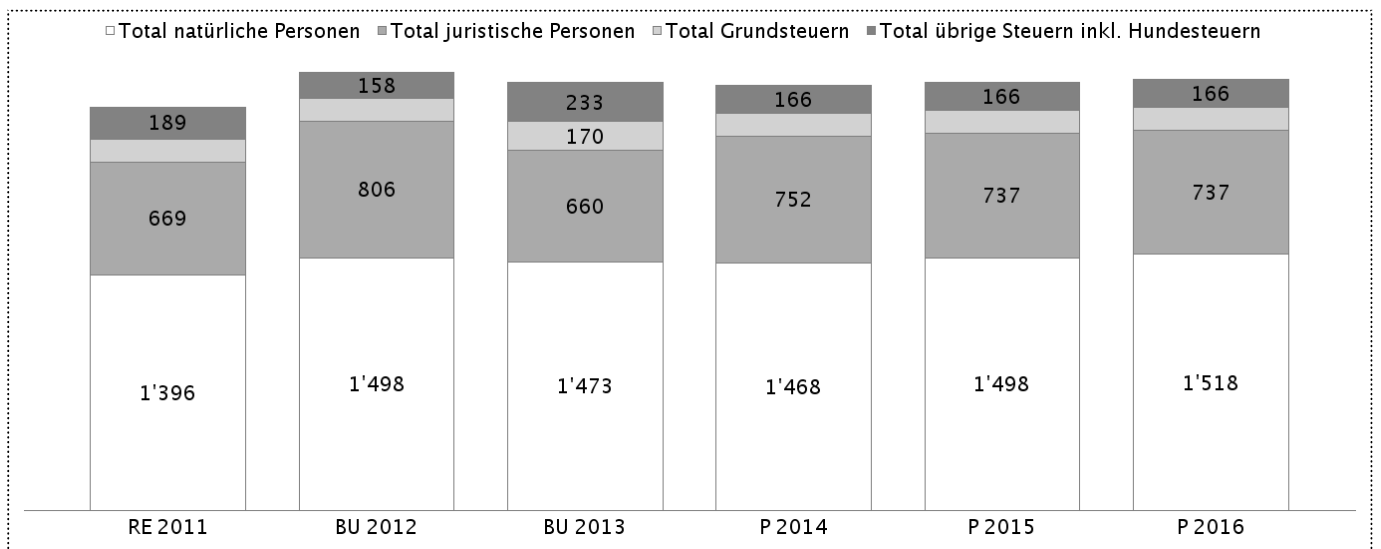
Investitionsrechnung VV Gemeindebetriebe - Artengliederung		RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
	5 Ausgaben	362.6	438.0	528.0	646.4	559.1	560.0
	6 Einnahmen	-33.3	-9.2	-115.3	-13.5	-11.2	-9.2
	Nettoinvestitionen	329.3	428.8	412.8	632.9	547.9	550.8

Ergebnis Nettoinvestitionen		740.9	930.6	1'046.0	1'205.6	1'110.3	1'136.5
------------------------------------	--	--------------	--------------	----------------	----------------	----------------	----------------

Investitionsrechnung VV - Gliederung Departemente		RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
	15 Präsidialdepartement	18.3	16.7	6.5	20.0	20.0	20.0
	20 Finanzdepartement	81.3	119.6	207.7	124.6	106.8	145.3
	25 Polizeidepartement	20.4	14.1	19.0	23.2	16.0	18.1
	30 Gesundheits- und Umweltsdepartement	10.3	76.5	102.3	100.3	100.1	101.2
	35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	141.3	143.2	159.0	227.6	195.0	163.0
	40 Hochbaudepartement	199.5	197.4	229.6	245.8	256.5	290.8
	45 Departement der Industriellen Betriebe	268.1	358.8	317.4	460.9	414.0	396.2
	50 Schul- und Sportdepartement	1.8	2.4	2.8	3.3	1.9	1.9
	55 Sozialdepartement	0.0	1.8	1.7			
Ergebnis		740.9	930.6	1'046.0	1'205.6	1'110.3	1'136.5



		RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Natürliche Personen	Laufendes Jahr	-1'099.8	-1'120.0	-1'120.0	-1'150.0	-1'180.0	-1'200.0
	Vorjahre	-230.1	-300.0	-285.0	-250.0	-250.0	-250.0
	Aktive Steuerauscheidungen	-87.6	-95.0	-90.0	-90.0	-90.0	-90.0
	Passive Steuerauscheidungen	19.5	15.0	20.0	20.0	20.0	20.0
	Total Steuerauscheidungen	-68.1	-80.0	-70.0	-70.0	-70.0	-70.0
	Pauschale Steueranrechnung	2.4	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
Total natürliche Personen	-1'395.5	-1'498.0	-1'473.0	-1'468.0	-1'498.0	-1'518.0	
Juristische Personen	Allgemeine Steuern laufendes Jahr	-637.8	-685.0	-610.0	-700.0	-700.0	-700.0
	Allgemeine Steuern Vorjahre	-55.0	-130.0	-85.0	-80.0	-80.0	-80.0
	Aktive Steuerauscheidungen	-22.6	-13.0	-20.0	-20.0	-20.0	-20.0
	Passive Steuerauscheidungen	41.3	20.0	50.0	45.0	60.0	60.0
	Total Steuerauscheidungen	18.7	7.0	30.0	25.0	40.0	40.0
	Pauschale Steueranrechnung	5.4	2.0	5.0	3.0	3.0	3.0
Total juristische Personen	-668.7	-806.0	-660.0	-752.0	-737.0	-737.0	
Grundsteuern	Grundstückgewinnsteuern	-137.3	-135.0	-170.0	-135.0	-135.0	-135.0
	Handänderungssteuern	-0.1					
	Total Grundsteuern	-137.5	-135.0	-170.0	-135.0	-135.0	-135.0
Übrige Steuern	Personalsteuern	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0	-7.0
	Quellensteuern	-167.6	-140.0	-217.0	-150.0	-150.0	-150.0
	Nachsteuern	-14.0	-10.0	-8.0	-8.0	-8.0	-8.0
	Total übrige Steuern	-188.6	-157.0	-232.0	-165.0	-165.0	-165.0
Gesamttotal Steuereinnahmen	-2'390.2	-2'596.0	-2'535.0	-2'520.0	-2'535.0	-2'555.0	
Hundesteuern	-0.8	-0.9	-0.8	-0.8	-0.8	-0.8	
Gesamttotal Steuereinnahmen inkl. Hundesteuern	-2'391.0	-2'596.9	-2'535.8	-2'520.8	-2'535.8	-2'555.8	





Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
10 Behörden und Gesamtverwaltung	316.3	351.9	283.1	283.1	283.1	283.1
15 Präsidialdepartement	361.9	365.4	365.4	365.4	364.4	363.4
20 Finanzdepartement	848.7	891.3	923.7	922.7	922.1	922.1
25 Polizeidepartement	2'603.5	2'669.1	2'685.8	2'690.8	2'690.8	2'690.8
30 Gesundheits- und Umweltsdepartement	5'561.1	5'629.7	5'693.3	5'739.1	5'769.8	5'789.8
35 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement	1'564.8	1'618.2	1'638.0	1'642.0	1'643.0	1'643.0
40 Hochbaudepartement	590.9	622.2	628.3	629.3	629.0	630.0
45 Departement der Industriellen Betriebe	3'498.1	3'645.2	3'647.7	3'665.7	3'677.7	3'685.7
50 Schul- und Sportdepartement	3'072.1	3'074.4	3'327.8	3'503.7	3'672.6	3'881.0
55 Sozialdepartement	1'408.5	1'434.4	1'500.8	1'516.0	1'524.5	1'525.2
Ergebnis	19'826.0	20'301.8	20'693.8	20'957.6	21'176.8	21'413.9

Wichtigste Veränderungen im Stellenplan	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Vormundschaftsbehörde	-68.8	0.0	0.0	0.0
Steueramt	8.2	0.0	0.0	0.0
HR Stadt Zürich	5.6	1.0	-0.6	0.0
Organisation und Informatik	19.0	0.0	0.0	0.0
Stadtpolizei	17.0	0.0	0.0	0.0
GUD Zentrale Verwaltung	-1.4	0.0	0.0	0.0
Pflegezentren der Stadt Zürich	25.0	25.8	10.7	0.0
Altersheime	13.0	0.0	0.0	0.0
Stadtspital Triemli	25.0	20.0	20.0	20.0
ERZ Stadtreinigung	11.2	0.0	0.0	0.0
Amt für Städtebau	4.0	0.0	0.0	0.0
Schulamt	241.1	168.7	158.7	195.2
Musikschule Konservatorium Zürich	9.9	10.0	10.0	10.0
Sportamt	5.4	0.2	0.2	3.0
Kindes-/Erw.Schutzbehörde	68.8	0.0	0.0	0.0
Übrige Veränderungen	9.0	40.2	20.2	8.9
Total	392.0	265.9	219.2	237.1

Kommentar

Vormundschaftsbehörde:

2012-2013 -68.8 Stellenwerte aufgrund Verschiebung zum Sozialdepartement (neu: Kindes-/Erwachsenen Schutzbehörde).

Steueramt:

2012-2013 Schaffung von 8.2 Stellenwerten infolge Ausbau des Scan-Centers.

HR Stadt Zürich:

2012-2013 Aufgrund organisatorischer Anpassungen werden 6.0 Stellenwerte für Case Managerinnen und Case Manager vom GUD an HRZ Case Management übertragen. Weiter fallen befristete 0.4 Stellenwerte weg.

2014-2015 Stellenschaffung von 1.0 Stellenwerten infolge Abwicklung des SAP Redesign und die daraus folgenden weiterführenden Aufgaben.

2015-2016 Stellenminderung von 0.6 Stellenwerten wegen Ablauf der Befristung der Stellen im Gehaltsmanagement.

Organisation und Informatik:

2012-2013 In der OIZ werden Total 19.0 Stellenwerte geschaffen, hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Betrieb des Zentrum Albis sowie für das eGovernment Customer Competence Center.

Stadtpolizei:

2012-2013 Schaffung von 17.0 Stellenwerten wegen erhöhten Personalbedarfs im Bereich Grundversorgung/Kriminalpolizei sowie für die Schulinstruktion und den Betrieb der zentralen Ausnüchterungsstelle.

GUD Zentrale Verwaltung:

2012-2013 Stellenwertveränderungen von +4.6 Stellenwerten im Departementssekretariat für Projekte im Stab sowie im Bereich Raum-/Infrastruktur. Minderungen infolge Verschiebung von 6.0 Stellenwerten an HRZ Case Management.

Pflegezentren der Stadt Zürich:

2012-2013 Schaffung von 25.0 Stellenwerten aufgrund Zusatzbedarf im Pflegedienst sowie in der Bettendisposition und dem Hausdienst.

2013-2014 Schaffung von 25.8 Stellenwerten infolge Eröffnung der externen Pflegewohngruppen Köschenrütli und Grünmatt.

2014-2015 Schaffung von 10.7 Stellenwerten für das umgebaute und eröffnete Bettenhaus A des Pflegezentrums Witikon.

Altersheime der Stadt Zürich:

2012-2013 Für den Ausbau der Gesundheitsprävention sollen im Organisationsbereich Betreuung und Pflege 13.0 Stellenwerte in der Aktivierungstherapie geschaffen werden.

Stadtspital Triemli:

2012-2013 Für den Aufbau einer Stroke Unit (Schlaganfallereinheit) sowie zur Erfüllung des Leistungsauftrages, der zusätzlichen Anforderungen durch Patientenzuwachs und zur Entlastung der Mitarbeitenden werden 25.0 Stellenwerte geschaffen.

2014-2016 sollen jährlich 20.0 Stellenwerte geschaffen werden.



ERZ Stadtreinigung:

2012-2013 Infolge Mehraufwand bei der Trockenreinigung werden 11.2 Stellenwerte geschaffen.

Amt für Städtebau:

2012-2013 Schaffung von 4.0 Stellenwerten im Bereich der Denkmalpflege.

Schulamt:

2012-2013 Stellenschaffungen von Total 241.8 Stellenwerten im Schulamt, hauptsächlich für Horte, Sonderschulen, Therapien sowie Kleinstpensen in den Regelklassen. Stellenreduktion von 0.7 Stellenwerten aus Verschiebung an das Departementssekretariat.

2013-2014 Schaffung von Total 168.7 Stellenwerten.

2014-2015 Schaffung von Total 158.7 Stellenwerten.

2015-2016 Schaffung von Total 195.2 Stellenwerten in den Bereichen Betreuung, Klassenassistenzen, für den Ausbau der Schulsekretariate, für Lehrpersonal (städtische Kleinpensen) aufgrund weiter steigender SchülerInnenprognosen.

Musikschule Konservatorium Zürich:

2012-2013 Schaffungen von Total 9.9 Stellenwerten hauptsächlich für Lehrpersonal.

2014-2016 Zunahme von je 10 Stellenwerten Lehrpersonal aufgrund prognostizierten Schüler/innen-Zuwachs in der Stadt Zürich.

Sportamt:

2012-2013 Zunahme von 5.4 Stellenwerten aus Stellenschaffung und aus Übernahme Stellenverschiebung der Fachschule Viventa.

2014-2015 Zunahme von 0.2 Stellenwerten pro Jahr infolge steigender Anzahl von Schulkindern bei den Schulschwimmlektionen.

2016 Zunahme von 3.0 Stellenwerten infolge Inbetriebnahme der Dreifachsporthalle Blumenfeld.

Kindes-/Erw.Schutzbehörde:

2013 68.8 bestehende Stellenwerte aus Verschiebung der Vormundschaftsbehörde von Behörden und Gesamtverwaltung zum Sozialdepartement.

3 Aufgaben- und Finanzplan der Departemente und Dienstabteilungen



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	75.7	113.0	76.5	114.8	156.3	195.6
Total Ertrag	-32.8	-63.2	-37.1	-45.2	-54.6	-64.0
Saldo	42.8	49.8	39.4	69.5	101.7	131.6

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Keine Daten vorhanden.						

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	316.3	351.9	283.1	283.1	283.1	283.1

Institutionen

- 1000 Gemeinde
- 1005 Gemeinderat
- 1007 Finanzkontrolle
- 1010 Beauftragte/r in Beschwerdesachen
- 1015 Stadtrat
- 1020 Stadtkanzlei
- 1025 Rechtskonsulent
- 1030 Vormundschaftsbehörde
- 1035 Datenschutzbeauftragte/r
- 1060 Gesamtverwaltung
- 1061 Stadtweite Projekte
- 1070 Betreibungsämter
- 1080 Friedensrichterämter

Generelle Entwicklung

Die Vormundschaftsbehörde ist ab 2013 im Sozialdepartement als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde aufgeführt.

Laufende Rechnung

Investitionsrechnung

Stellenplan

Die Vormundschaftsbehörde ist ab 2013 im Sozialdepartement als Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde aufgeführt.



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	218.8	225.7	232.0	232.6	233.6	234.7
Total Ertrag	-90.5	-84.4	-82.9	-82.7	-82.7	-82.9
Saldo	128.3	141.4	149.1	149.9	150.9	151.8

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	18.3	16.7	6.5	20.0	20.0	20.0
Ergebnis	18.3	16.7	6.5	20.0	20.0	20.0

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	361.9	365.4	365.4	365.4	364.4	363.4

Institutionen

1500 Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung
 1501 Kultur
 1505 Stadtentwicklung
 1506 Fachstelle für Gleichstellung
 1520 Museum Rietberg
 1530 Bevölkerungsamt
 1560 Statistik Stadt Zürich
 1561 Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement
 1565 Stadtarchiv
 1575 Archiv und Statistik

Generelle Entwicklung

Die stärksten Auswirkungen hat der neue kantonale Finanzausgleich, der für die Stadt insgesamt zu mehr Beiträgen führt. Für die Kultur bedeutet er indes eine Ertragsminderung im Budget 2013 gegenüber der Rechnung 2011 von 5,0 Mio. Franken und von 3,4 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2012.

Die Investitionsrechnung wird durch die Beiträge an die Erweiterung des Kunsthauses erheblich beeinflusst. Die Abschreibungen dieser Investitionsbeiträge haben einen spürbaren Einfluss auf die Laufende Rechnung.

Seit 1. Januar 2012 ist die Institution 1561 Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement eingegliedert.

Laufende Rechnung

Das Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes (FAG) des Kantons im Januar 2012 bedeutet für das Budget 2013 der Dienstabteilung Kultur einen Minderertrag gegenüber der Rechnung 2011 von rund 5,0 Mio. Franken und gegenüber dem Budget 2012 von 3,4 Mio. Franken. Ausserdem entfällt ab 2013 ein durchlaufender Betrag (365 000 Fr.), welchen den Kanton durchlaufend an das Schauspielhaus, die Tonhalle und das Theater am Neumarkt überwieht. Die Interkantonale Kulturlastenvereinbarung verpflichtet die Stadt, ihre Subventionen ab 2013 um diese Beträge zu erhöhen.

Die Abschreibungen der Investitionsbeiträge für die Erweiterung des Kunsthauses haben einen spürbaren Einfluss auf die Laufende Rechnung.

Moderate Erhöhungen der Beiträge ergeben sich aus dem Kulturleitbild 2012 - 2015. Zudem werden über einzelne StRB und GRB verschiedene Beiträge an Kulturinstitutionen erhöht.

Aufgrund der hohen Versicherungswerte des Museums Rietberg muss das Museum ab 2013 Versicherungsprämien von 220 000 Fr. tragen.

Im Stadtarchiv ist ein Kompetenzzentrum Records Management geplant. Dadurch erhöht sich der Personalaufwand.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung enthält hauptsächlich die Beiträge für die Erweiterung des Kunsthauses. Hier fallen Investitionsbeiträge von total 88 Mio. Franken an, vorbehaltlich des positiven Ergebnisses der Volksabstimmung im November 2012.

Stellenplan

Der Stellenplan des PRD bleibt weitgehend konstant. Aufgrund von Effizienzgewinnen ist im Bevölkerungsamt ein Abbau von Stellen ab 2015 möglich.



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	962.1	1'336.9	1'206.9	1'201.1	1'206.4	1'214.3
Total Ertrag	-3'236.4	-3'866.2	-3'682.1	-3'615.1	-3'628.4	-3'662.0
Saldo	-2'274.3	-2'529.3	-2'475.2	-2'414.1	-2'422.0	-2'447.7

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	85.9	120.9	212.5	130.5	112.3	146.9
6 Einnahmen	-4.6	-1.3	-4.7	-6.0	-5.4	-1.6
Ergebnis	81.3	119.6	207.7	124.6	106.8	145.3

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	848.7	891.3	923.7	922.7	922.1	922.1

Institutionen

- 2000 Finanzdepartement Zentrale Verwaltung
- 2001 Vorfinanzierung für entschädigungspflichtige Massnahmen der Bau- und Zonenordnung
- 2002 Vorfinanzierung für die Sanierung der Wohn- und Geschäftsliegenschaften
- 2015 Finanzverwaltung
- 2016 Kompetenzzentrum Risiko- und Versicherungsmanagement
- 2021 Liegenschaftenverwaltung
- 2022 Wohnliegenschaften
- 2023 Liegenschaften der ehemaligen Gasversorgung
- 2024 Baurechte des Finanzvermögens
- 2025 Restaurants
- 2026 Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt
- 2027 Gewerbe-Immobilien
- 2028 Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- 2030 Baurechte gemeinnütziger Wohnungsbau
- 2031 Wohnsiedlungen
- 2032 Parkhäuser
- 2040 Steueramt
- 2050 Human Resources Management
- 2051 Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz
- 2052 Optimaler Berufseinstieg
- 2053 Lohnnachzahlungen
- 2080 Organisation und Informatik

Generelle Entwicklung

Die Entwicklungen im Finanzdepartement sind geprägt von einer Seitwärts-Bewegung der Steuereinnahmen und dem Abschluss der Grossprojekte (Bau von neuen Rechenzentren / Rollout Arbeitsplatz) in der Dienstabteilung Organisation und Informatik (OIZ).

Laufende Rechnung

Die gute Zinssituation sowie der tiefere an den Kanton abzuliefernde Ressourcenausgleich entlasten die Aufwandseite. Auf der Ertragsseite wird gegenüber dem Budget 2012 mit einer Stagnation bei den Steuereinnahmen gerechnet. Steuerentlastungen bei den natürlichen Personen sowie der immer noch anhaltende finanzkrisenbedingte Steuerausfall bei den Grossbanken können durch andere Einnahmequellen nicht im gleichen Ausmass kompensiert werden.

Investitionsrechnung

Das Darlehen an die MCH Group AG von 20 Mio. Franken sowie das Stiftungskapital für die neu zu gründende Stiftung «Bezahlbare und ökologische Wohnungen» von 80 Mio. Franken sind ausserordentliche Faktoren, welche die Investitionsausgaben im Jahre 2013 stark beeinflussen. Die restlichen Ausgaben betreffen im Wesentlichen Investitionen bei den Wohnsiedlungen und der Informatik.

Stellenplan

Die Veränderungen im Stellenplan betreffen vorwiegend das Steueramt und die Organisation und Informatik. Der Ressourcenausbau im Scan-Center des Steueramtes wird vollumfänglich durch Einnahmen gedeckt. Die Inbetriebnahme des Rechenzentrums Alibs und die Umsetzung der Projekte aus dem Legislatorschwerpunkt eZürich sind die wesentlichen Vorhaben, die zum Stellenwachstum im Informatikbereich führen.



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	535.5	568.7	579.4	578.5	577.1	576.6
Total Ertrag	-311.1	-259.3	-275.3	-269.4	-268.2	-268.0
Saldo	224.3	309.4	304.1	309.1	309.0	308.5

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	21.8	17.0	20.3	24.7	16.8	19.3
6 Einnahmen	-1.4	-3.0	-1.4	-1.6	-0.9	-1.2
Ergebnis	20.4	14.1	19.0	23.2	16.0	18.1

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	2'603.5	2'669.1	2'685.8	2'690.8	2'690.8	2'690.8

Institutionen

- 2500 Polizeidepartement Zentrale Verwaltung
- 2501 Schutzraumbautenfonds
- 2505 Parkgebühren
- 2506 Blaue Zonen
- 2520 Stadtpolizei
- 2525 Stadtrichteramt
- 2550 Schutz und Rettung
- 2555 Dienstabteilung Verkehr

Generelle Entwicklung

Stadtpolizei

Für das Jahr 2013 werden 15 neue Stellen für die Grundversorgung beantragt. Damit können die Präventionsarbeit und die kurzen Reaktions- und Interventionszeiten der Stadtpolizei weiterhin mit Qualität erbracht werden. Beides geniesst einen hohen Stellenwert und ermöglicht die gewünschte Bevölkerungsnähe.

Weitere 1.5 Stellen werden für die Veloschulung von Primarschülern und Primarschülerinnen sowie zusätzliche 0.5 Stellenwerte für den Vollbetrieb der zentralen Ausnüchterungsstelle, befristet für die Projektphase bis 31. März 2015 beantragt.

Im Jahr 2014 wird die alle vier Jahre wiederkehrende Abgabe für gebranntes Wasser verrechnet.

Stadtrichteramt

Im Zusammenhang mit Schwarzfahrern und -fahrerinnen rechnet das Stadtrichteramt ab 1. Januar 2014 wieder mit Eingängen von ca. 10 000 Fällen. Dies bedeutet, dass Mehreinnahmen und ein höherer Abschreibungsbedarf bei den Entgelten zu erwarten ist. Jedoch dürfte dies mit einer deutlichen Zunahme der Arbeitslast in allen Bereichen verbunden sein.

Die Bewirtschaftung des Verlustscheininkassos erfordert nach der Übernahme der 17 000 Verlustscheine der Sozialen Dienste ab dem Jahre 2014 in den darauf folgenden Jahren eine Aufstockung weiterer Stellen.

Schutz & Rettung

Das Zusammenführen der beiden Einsatzleitzentralen «Flughafen» und «Weststrasse» zu einer gemeinsamen Zentrale am Flughafen findet mit der frist- und qualitätsgerechten Einführung des strategischen Projekts «ELZ-ZH 2011» im Verlauf des 2013 seinen Abschluss.

Im Rahmen der städtischen Standortstrategie gilt es für die Erfüllung des Generalauftrags «Schützen und Retten» die optimalen Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört das Logistikzentrum (ZEL) für die effiziente Bewirtschaftung der Wachen, der Feuerwehr und des Rettungsdienst, aber auch die Vorkehrungen für die urbanen Entwicklungsgebiete Zürich West und Zürich Ost, um die Interventionszeiten von maximal 10 Minuten einhalten zu können.

Sowohl die Höhere Fachschule für Rettungsberufe als auch das Ausbildungszentrum sollen zu wirkungsvollen Einheiten weiterentwickelt werden. Für das Ausbildungszentrum ist in Zukunft eine bauliche Gesamterneuerung geplant.

Dienstabteilung Verkehr

Die Entwicklung des Aufwandes für die Verkehrsinfrastruktur wird sich auf dem Stand der letzten Jahre einpendeln. Erwähnenswert sind die Projekte wie die Tramverbindung auf der Hardbrücke oder die Einhausung von Schwamendingen. Im Zusammenhang mit dem Strategieziel einer sicheren und zuverlässigen Mobilität wird der Masterplan Velo umgesetzt. Der Verkehrsleitreechner und der Verkehrsreechner bilden das Herzstück des Zürcher Modells. Der Verkehrsreechner muss modernisiert werden.

Laufende Rechnung

Parkgebühren

Mit der Ersatzbeschaffung der Zentralen Parkuhren und elektronischen Sammelparkuhren in den Jahren 2009 - 2014 können die Service- und Unterhaltskosten gesenkt werden.

Blaue Zone

Aus dem jährlich anfallenden Überschuss für die Bewirtschaftung der Parkplätze in den Blauen Zonen soll inskünftig zur Abdeckung des zusätzlichen Reinigungsaufwands 1 Mio. Franken an ERZ-Stadtreinigung überwiesen werden.



Stadtpolizei

Der geplante Ersatz der Dienstwaffen wird verschoben. Dafür muss das 20-jährige Modell der Unterziehschutzwesten ersetzt werden. Zusätzlich soll im Jahr 2014 eine neue Softshell-Jacke beschafft werden (0,5 Mio. Franken). Die Kosten der zentralen Ausnüchterungsstelle werden nicht mehr an die städtischen Gesundheitsdienste verrechnet. Zudem verursacht der Vollbetrieb einen höheren Aufwand (Personal und externer Sicherheitsdienst).

Mit der neuen Polizeischule können die Klassen jetzt voll ausgelastet werden. Neu werden pro Jahr 60 anstelle 50-55 Aspirantinnen und Aspiranten ausgebildet. Dadurch entsteht Mehraufwand.

Auch diverse IT-Projekte (POLIS, Harmonisierung Polizeinformatik) führen zu höherem Aufwand.

Stadtrichteramt

Einerseits lassen die entfallenen Verzeigungen bei den Schwarzfahrern und der tiefere Bussenertrag aller per Ende April 2012 eingegangenen Fälle Mindereinnahmen von 0,9 Mio. Franken erwarten. Andererseits sind bei den Entschädigungen für die Dienstleistungen Dritter und bei den Abschreibungen mit tieferen Aufwendungen (ca. 0,5 Mio. Franken) zu rechnen.

Der höhere Ertrag bei den Gebühren ist auf die geplante Anpassung der Gebühren an die kantonalen Richtlinien per 1. August 2012 zurückzuführen.

Schutz & Rettung

In den nächsten Jahren wird mehr Rettungspersonal ausgebildet um die bestehenden Lücken zu schliessen. Zudem werden neue Maschinen und Geräte angeschafft. Dies hat steigenden Abschreibungsaufwand zur Folge.

Dienstabteilung Verkehr

Durch das Glühlampenverbot werden beleuchtete Signale und Wegweiser in Zukunft mit reflektierender Folie ausgerüstet. Dafür wird, beginnend im 2013 bis zum Projektabschluss im 2017, Signalisationsmaterial im Wert von 2,3 Mio. Franken beschafft.

Die Einführung von Tempo-30 Zonen, die taktischen Markierungen an VBZ-Haltestellen und die Auffrischung von Fussgängerstreifen, die Ausarbeitung eines Masterplans zur Velo- und Fussverkehrsförderung und die Prüfung neuester Technologieentwicklungen im Bereich Verkehrssteuerung erfordern weitere 0,78 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

Stadtpolizei

Die Sanierung des Hafens Wollishofen dürfte sich bis ins Jahr 2013 verzögern und wird Aufwendungen in der Höhe von 0,4 Mio. Franken generieren. Mit anderen Polizeikorps wird das Projekt «Rapportierung +» umgesetzt, und es müssen iPads angeschafft werden (0,2 Mio. Franken). Ansonsten werden vorwiegend Ersatzbeschaffungen im üblichen Umfang vorgenommen.

Schutz & Rettung

Neben den normalen Ersatzbeschaffungen wird ab 2014 ein Flugfeldlöschfahrzeug in der Höhe von 2 Mio. Franken beschafft. Im 2012 und 2013 wird für das Projekt «ELZ-ZH 2011» die Übernahme der Infrastruktur von GVZ notwendig.

Dienstabteilung Verkehr

Für die Tramverbindung auf der Hardbrücke werden sowohl 2015 und 2016 je 2,8 Mio. Franken investiert.

Für die Einhausung Schwamendingen (EHS) Überlandpark sind zwischen 2013 und 2016 total 6,72 Mio. Franken geplant, während für den Masterplan Velo (TAZ) im gleichen Zeitraum 3,4 Mio. Franken vorgesehen sind.

Für die Modernisierung des Verkehrsrechners (2011-2014) sind noch Ausgaben in der Höhe von 7 Mio. Franken notwendig.

Stellenplan

Stadtpolizei (+17)

Im Jahr 2013 werden wiederum 15 Stellenwerte für die Grundversorgung/Kriminalpolizei beantragt. Zur Sicherstellung der Veloschulung und -prüfung aller Kinder der 5. Klassen werden zusätzlich 1.5 Stellenwerte für die Schulinstruktion benötigt. Für die Zentrale Ausnüchterungsstelle werden weitere 0.5 Stellenwerte berücksichtigt.

Stadtrichteramt (+1)

Die neue Strafprozessordnung (seit 1. Januar 2011) erfordert mehr Zeit pro Einsprache. Zusätzlich hat sich die Zahl der hängigen Einsprachen durch die steigenden Bedürfnissen der Beschuldigten bis Anfang 2012 auf 1 200 Einsprachen erhöht. Um eine Fallverjähung und den damit verbundenen finanziellen Verlust und möglichen Reputationsschaden zu vermeiden, wurde per 1. Januar 2013 eine Juristen/Juristinnenstelle geschaffen.

Schutz & Rettung (-1.3, +4)

Im Jahr 2013 sind gemäss Stadtratsbeschluss 1.3 Stellen an die OIZ abzutreten.

Geplante Stellenanträge für 2014: 2 Stellen für Fachlehrer/-lehrerinnen «Höhere Fachschule für Rettungsberufe» und 2 Stellen für die Bewirtschaftung von Logistik-Material.

Dienstabteilung Verkehr (+2)

Um den künftigen Arbeitsumfang bei der Umsetzung der Städteinitiative, des Masterplans Velo und des Ausbaus der Modellierungs- und Simulationskompetenz zu bewältigen, werden in den Jahren 2014 und 2015 je eine Stelle erforderlich.



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	1'052.8	1'048.7	1'074.9	1'080.0	1'088.6	1'097.6
Total Ertrag	-902.4	-939.6	-967.3	-953.8	-957.5	-959.9
Saldo	150.4	109.1	107.7	126.2	131.1	137.6

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	20.1	76.5	102.3	100.3	100.1	101.2
6 Einnahmen	-9.8					
Ergebnis	10.3	76.5	102.3	100.3	100.1	101.2

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	5'561.1	5'629.7	5'693.3	5'739.1	5'769.8	5'789.8

Institutionen

- 3000 Gesundheits- und Umweltdepartement Zentrale Verwaltung
- 3010 Städtische Gesundheitsdienste
- 3015 Stadtärztlicher Dienst
- 3020 Pflegezentren der Stadt Zürich
- 3026 Altersheime der Stadt Zürich
- 3030 Stadtspital Waid
- 3035 Stadtspital Triemli
- 3045 Umwelt- und Gesundheitsschutz

Generelle Entwicklung

Neues Pflegegesetz bzw. neue Pflegefinanzierung

Stationäre Versorgung:

Ab 1. Januar 2011 ist das neue Pflegegesetz in Kraft getreten. Davon betroffen sind die Altersheime der Stadt Zürich (AHZ), die Pflegezentren der Stadt Zürich (PZZ). Das Amt für Zusatzleistungen (AZL) richtet die Pflegebeiträge der öffentlichen Hand für den stationären Bereich aus (im ambulanten Bereich übernehmen die Städtischen Gesundheitsdienste diese Aufgabe). Somit wird bei den PZZ und den AHZ das Defizit im Bereich Pflege vom AZL gedeckt. Die Auswirkungen des neuen Pflegegesetzes bzw. der neuen Pflegefinanzierung zeigen sich erstmals in der Rechnung 2011 und im Budget 2012. Das neue Pflegegesetz bzw. die neue Pflegefinanzierung muss bis 31. Dezember 2013 in Bezug auf die Kostenaufteilung zwischen den Krankenkassen und der öffentlichen Hand vollständig umgesetzt werden. Derzeit befinden sich die PZZ und die AHZ in einer Übergangsphase. Für 2013 ist die Kostenaufteilung durch den Kanton noch nicht festgelegt. Die VGU sieht vor, bei den PZZ und AHZ mittelfristig einen Wechsel auf eine vollständige Subjektfinanzierung vorzunehmen. Dies hätte zur Folge, dass die Kostenträger Hotellerie und Betreuung eine Vollkostendeckung ausweisen müssen. Aus diesem Grund sollen ab 2013 die Hotellerie- und Betreuungstaxen sukzessive erhöht werden.

Ambulante Versorgung:

Die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich leistet keine Beiträge mehr an die Spitex. Ausserdem führt der erwartete Nachfrage- und Kostenanstieg (infolge Zuwachs an Leistungsstunden) zu einer Erhöhung der städtischen Spitexbeiträge, welche durch die Städtischen Gesundheitsdienste ausgerichtet werden.

Neues Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG)

Das ab 1. Januar 2012 gültige SPFG hat auf die Stadtspitäler Waid (SWZ) und Triemli (STZ) grosse Auswirkungen. Zusätzlich wurde bei den Spitälern schweizweit das neue Finanzierungssystem Swiss-DRG eingeführt. Der Wechsel zum neuen Finanzierungssystem war bezogen auf die Erstellung des Budgets 2013 bzw. des AFP 2013 - 2016 mit grossen Unsicherheiten verbunden. Die Baserate (inkl. Investitionszuschlag) für 2012 sind vom Regierungsrat des Kantons Zürich noch nicht definitiv festgelegt worden. Zurzeit beträgt die provisorische Baserate (inkl. Investitionszuschlag) 9 500 Fr. Das SWZ budgetiert für 2013 mit einer Baserate (inkl. Investitionszuschlag) von 9 700 Fr. und das STZ mit 10 300 Fr.

Nachhaltige Stadt Zürich - auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft

Für den Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) bildet das Engagement auf dem Weg der Stadt Zürich zur 2000-Watt-Gesellschaft eine enorme und komplexe Herausforderung. Davon betroffen sind namentlich die Abteilung Energie und Nachhaltigkeit, insbesondere im Hinblick auf den Ausbau des Energie-Coachings, die Abteilung Energietechnik und Bauhygiene im Zusammenhang mit der dort angesiedelten energetischen Vorgehensberatung und die Umweltschutzfachstelle, welche die Verantwortung für den Öko-Kompass sowie die Umweltberatung für die KMU der Stadt Zürich übernommen hat. Im Weiteren wird das Aufgabenspektrum des UGZ aufgrund der immer anspruchsvoller werdenden und breit angelegten Vollzugsaufgaben sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht anforderungsreicher.

Laufende Rechnung

Pflegezentren und Altersheime

Infolge der Einführung des neuen Pflegegesetzes bzw. der neuen Pflegefinanzierung wurde bei den PZZ und AHZ ein Wechsel auf die Subjektfinanzierung beschlossen. Die damit verbundene und geplante sukzessive Anpassung der Hotellerie- und Betreuungstaxen bewirken im Vergleich zu den Vorjahren eine Verbesserung der Ergebnisse bei beiden Dienstabteilungen (bei den PZZ infolge bisher nicht berücksichtigten Erträge durch Kalibrierung der Pflegebedürftigkeitsstufen).

Stadtspitäler Waid und Triemli

Die Einführung des neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes (SPFG) sowie die Einführung des neuen Finanzierungssystems Swiss-DRG bewirken eine weitere Verbesserung der Ergebnisse bei beiden Dienstabteilungen, weil mit einer höheren Baserate (zurzeit 9 500 Fr.) budgetiert wurde.



Schlachthof (Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich)

Im Schlachthof müssen ab 2014 dringende Sanierungsarbeiten vorgenommen werden. Davon betroffen sind die Instandsetzung der Liegenschaftentwässerung mit Kanalersatz, die alte Gebäudetechnik in den Schlachthallen und die Heizzentrale. Gemäss Auflagen AWEL und ERZ müssen die alten und undichten Kanalsysteme 2014 - 2015 instandgesetzt werden. Ferner müssen die Dampfzentrale, die MSRL (Messen-Steuern-Regeln-Leiten von technischen Anlagen) und die Lüftungsanlagen teilweise an die neue CO2 Wärmepumpenanlage (520 Tonnen weniger CO2-Ausstoss) erneuert und angepasst werden. Hierfür sind 2014 - 2015 insgesamt 3,1 Mio. Franken (2014: 2,1 Mio. / 2015: 1 Mio. Franken) erforderlich. Im Jahr 1981 wurde durch eine Volksabstimmung eine Vorinvestition von rund 3,3 Mio. Franken für eine allfällige Erweiterung des Neubaus des Schlachthofs bewilligt. Gestützt auf den für das zweite Halbjahr 2012 in Aussicht genommenen Stadtratsentscheid «Strategische Planung Schlachthofareal», mit welchem festgehalten wird, dass von einer räumlichen Erweiterung definitiv Abstand genommen werden soll, ist die Vorinvestition mit der Rechnung 2013 abzuschreiben. Aus diesem Grund wird im Budget 2013 der erforderliche Kredit von 3,3 Mio. Franken eingestellt (siehe Kontogruppe 33, Abschreibungen).

Investitionsrechnung

Stadtspitäler Waid und Triemli

Infolge des neuen Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetzes (SPFG) wurden die Investitionen von der IMMO zu den Stadtspitälern Waid und Triemli übertragen (Novemberbrief zum Budget 2012, siehe auch StRB 1062 vom 31. August 2011). Neu müssen die Investitionen von den Stadtspitälern über die Fallkostenpauschalen finanziert werden können.

Schlachthof (Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich)

Im Zusammenhang mit dem im 2012 in Aussicht genommenen Stadtratsentscheid wird gemäss heutigem Kenntnisstand im Bereich der Tieranlieferung sowie der Seuchenprävention des Schlachthofareals für 2014 und 2015 ein maximaler Investitionsbedarf von 5,5 Mio. Franken ausgewiesen (die Abschreibungen belasten die Laufende Rechnung ab 2014).

Stellenplan

Zentrale Verwaltung (Departementssekretariat, Dienststelle Wohnen im Alter und Case Management)

Differenz zwischen Budget 2012 und 2013:

Ab 2013: Die Aufgaben des Case Managements sowie die damit verbundenen 6 Stw. werden HR Zürich übertragen.

Ab 2013: 4.6 Stw. für zusätzliche Aufgaben (1.3 Stw. StabsmitarbeiterInnen Projekte, 0.5 Stw. AssistentIn, 2.0 Stw. StabsmitarbeiterInnen Raum/Infrastruktur und 0.8 Stw. StabsmitarbeiterIn 2000-Watt-Gesellschaft). Schaffung zum Teil durch Verschiebung von Stellenwerten vom Stadtspital Waid.

Städtische Gesundheitsdienste

Differenz zwischen Budget 2012 und 2013:

31. Dezember 2012: Wegfall befristete Stellen (2.1 Stw. Projekt Kompass und 2.9 Stw. Projekt Leila).

Ab 2013: 2.0 Stw. für Abwicklung Pflegebeiträge im Rahmen der neuen Pflegefinanzierung (Antrag gem. 1. ZK-Serie zum Budget 2012).

Ab 2013: 2.6 Stw. für die Präventive Beratung (die Weisung wird dem GR noch eingereicht).

Ab 2013: 4.5 Stw. für Kompass (Beschluss GR vom 27. Juni 2012).

Pflegezentren der Stadt Zürich

Differenz zwischen Budget 2012 und 2013:

25 Stw. insgesamt (18.2 Stw. im Bereich Pflege, 2.4 Stw. im ärztlichen und therapeutischen Bereich, 4.4 Stw. im Bereich medizinische Dienste, Bettendisposition und Hausdienst). Die Mehrstellen sind erforderlich für die Bewältigung der gestiegenen Anforderungen und die gestiegene Anzahl PatientInnen durch die Einführung von DRG in den Spitälern ab 1. Januar 2012.

Differenz zwischen Budget 2013 und 2014:

25.8 Stw. für die Einführung der externen Pflegewohngruppen Köschenrütli und Grünmatt.

Differenz zwischen Budget 2014 und 2015:

10.7 Stw. für das umgebaute und eröffnete Bettenhaus A des Pflegezentrums Witikon.

Altersheime der Stadt Zürich

Differenz zwischen Budget 2012 und 2013 (inkl. Folgejahre):

13 Stw. für Aktivierungstherapie (Erhalt der Gesundheit sowie motorische und kognitive Fähigkeiten).

Stadtspital Waid

Gegenüber dem Budget 2012 verringert sich der Stellenplan um 7 Stw. infolge Bettenreduktion. Die Stellenwerte werden innerhalb des Departementes verschoben.

Stadtspital Triemli

Differenz zwischen Budget 2012 und 2013:

25 Stw. infolge Überlastung der Teams (steigende PatientInnenzahlen in den letzten Jahren) und Ausschöpfung des Sollstellenplans.

Differenz zwischen Budget 2013 und 2014 (inkl. Folgejahre):

20 Stw. infolge steigender PatientInnenzahlen.

Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich

Differenz zwischen Budget 2012 und 2013 (inkl. Folgejahre):

3.2 Stw. für die Abteilungen Umwelt (Lärmschutz), Energietechnik und Bauhygiene (Asbest), Veterinärdienste (Tierarzt, -ärztin) und ZüriWC (Reinigungsdienst). Schaffung zum Teil durch Verschiebung von Stellenwerten vom Stadtspital Waid.



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	786.9	753.2	732.8	756.4	753.8	743.8
Total Ertrag	-617.6	-563.8	-542.6	-551.1	-543.6	-527.8
Saldo	169.3	189.3	190.2	205.3	210.2	216.0

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	199.2	212.9	267.7	355.9	302.3	304.4
6 Einnahmen	-57.9	-69.7	-108.6	-128.3	-107.3	-141.5
Ergebnis	141.3	143.2	159.0	227.6	195.0	163.0

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	1'564.8	1'618.2	1'638.0	1'642.0	1'643.0	1'643.0

Institutionen

- 3500 Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Zentrale Verwaltung
- 3501 Fonds des überkommunalen Strassennetzes
- 3504 Parkraumfonds
- 3506 Vorfinanzierung für den Beitrag der Stadt Zürich an die Kosten für die Einhausung der Autobahn Schwamendingen
- 3515 Tiefbauamt
- 3525 Geomatik + Vermessung
- 3535 Entsorgung + Recycling Zürich Abwasser
- 3550 Entsorgung + Recycling Zürich Abfall
- 3555 Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme
- 3560 Entsorgung + Recycling Zürich Stadtreinigung
- 3570 Grün Stadt Zürich

Generelle Entwicklung

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung verschlechtert sich in den kommenden Jahren. Zurückzuführen ist dies auf gesteigerten Erneuerungsbedarf und ausserordentliche Bauprojekte, welche einen hohen Investitionsbedarf auslösen. Dieser Trend wird weiterhin anhalten und führt in der Folge zu erhöhten Abschreibungen in der Laufenden Rechnung. Neben dem zunehmenden Bedarf an Bau- und Unterhaltsprojekten beim Tiefbauamt, beinhaltet die Planung auch die notwendigen Massnahmen zur Sicherstellung der Werterhaltungsstrategie. Auch bei ERZ Entsorgung + Recycling Zürich zeichnet sich eine hohe Investitionstätigkeit ab. Die Entwicklung von ERZ Fernwärme verläuft planmässig. Dank hohen Energiepreisen und gestiegenem Kehranteil, hat sich die Bruttomarge in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Die Schuld von ERZ Fernwärme gegenüber der Stadtrechnung wird voraussichtlich 2014 getilgt sein.

Laufende Rechnung

Das Ergebnis der Laufenden Rechnung verschlechtert sich in den kommenden Jahren. Ausschlaggebend ist der erhöhte Abschreibungsbedarf aufgrund der notwendigen Investitionen aus dem aktuellen Bauprogramm. Die Zunahme der eigenen Beiträge ist auf die Mehrkosten der Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken zurückzuführen, welche bei ERZ Abwasser in die Planung aufgenommen wurden.

Investitionsrechnung

Neben der Umsetzung der Werterhaltungsstrategie des Tiefbauamts trägt massgebend der gesteigerte Erneuerungsbedarf der städtischen Partner (koordiniertes Bauen) zu dieser Erhöhung bei. Ausserordentliche Projekte wie bspw. Quartierverbindung Oerlikon, Schaffhauserstrasse Quartieranbindung Etappe 3a und b, Sechseläutenplatz, Birmensdorferstrasse, Stadttunnel Nutzung Velo, Tramverbindung Hardbrücke, Einhausung Schwamendingen u. v. a. m., binden erhebliche Investitionsmittel. Die Planung dieser ausserordentlichen Projekte ist weitgehend «fremdbestimmt» und belastet die Ausgaben zusätzlich.

Bei den Werken sind im Bereich Abwasser die Investitionskosten für die Hauptprojekte Erneuerung Biologie und Filtration sowie der Neubau einer Klärschlammverwertungsanlage enthalten. Im Bereich Abfall ist ab 2014 mit einem deutlich höheren Investitionsvolumen zu rechnen. Die Planung umfasst die Hauptprojekte Logistikzentrum Hagenholz, Recyclingzentrum, Sanierung der Rauchgasreinigung, Ersatz Abwasserbehandlungsanlage, Wärmerückgewinnung aus Rauchgasen, Reststoffaufbereitung im Kehrrichtheizkraftwerk Hagenholz sowie die Flottenerneuerung.

Stellenplan

Nachdem in den vergangenen Jahren nur ein geringes Stellenwachstum zu verzeichnen war, zeichnet sich in der aktuellen Planperiode ein Stellenzuwachs von 19.8 Stellen (2014: 23.8 Stellen, ab 2015: 24.8 Stellen) ab. Der Mehrbedarf ist im Wesentlichen auf die Erhöhung des Eigenleistungsgrades und Mehraufwands bei der Trockenreinigung ERZ Stadtreinigung (11.2 Stellen) zurückzuführen. Die Erhöhung der Reinigungsleistung erfolgt saldoneutral. Finanziert werden diese durch den Erlös für die Reinigung der Blauen-Zonen-Parkplätze und durch die Reduktion bei den Dienstleistungen Dritter. Zusätzliche Stellen sind für die Umsetzung Stadtverkehr 2025, Masterplan Velo und barrierefreies Bauens, sowie für den Unterhalt neuer Parkanlagen und Pflegeflächen (Ruggächern) zurückzuführen.



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	432.3	460.5	458.3	464.3	469.9	474.5
Total Ertrag	-450.2	-431.7	-433.5	-434.9	-436.1	-439.4
Saldo	-17.9	28.8	24.8	29.5	33.8	35.1

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	230.7	222.1	235.2	247.2	256.5	290.8
6 Einnahmen	-31.2	-24.6	-5.7	-1.4		
Ergebnis	199.5	197.4	229.6	245.8	256.5	290.8

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	590.9	622.2	628.3	629.3	629.0	630.0

Institutionen

- 4000 Hochbaudepartement Zentrale Verwaltung
- 4015 Amt für Städtebau
- 4020 Amt für Hochbauten
- 4035 Amt für Baubewilligungen
- 4040 Immobilien-Bewirtschaftung

Generelle Entwicklung

Das HBD rechnet mit einer Stabilisierung der Baukonjunktur auf hohem Niveau. Die Einwohnerzahl wird weiterhin steigen, dadurch wird sich auch der Raumbedarf für Schulen und Verwaltung erhöhen. Mit der Übertragung der Spitäler an das GUD entfallen dem HBD Einnahmen von 25,2 Mio. Franken. Die Reduktion wird mit dem Wegfallen von Abschreibungen von 12,6 Mio. Franken nur zur Hälfte kompensiert. Die Übertragung der Spitäler belastet das Jahresergebnis mit 12,6 Mio. Franken.

Laufende Rechnung

Zusätzliche Aufgaben wie zum Beispiel die Projektierung vom Stadion Zürich (2013 in der LR, ab 2014 in der IR), die vom Gemeinderat beschlossene Intensivierung von energetischen und ökologischen Sanierungsmassnahmen von Liegenschaften, die Planung vom Kongresszentrum und die Erstellung von denkmalpflegerischen Grundlagen, wurden in der Planung berücksichtigt. Die Implementierung einer Schnittstelle zwischen SAP RE-FX und CAFM-Aperture (Facility Management), sowie Anwendungen für das Dokumenten Management und die Geschäftskontrolle sind 2013 eingeplant.

Investitionsrechnung

Der Investitions-Plafond für die IMMO beträgt in der AFP Periode 2013 - 2016 225 Mio. Franken pro Jahr. Diverse baureife Projekte sind durch Rekurse verzögert worden und die Spitäler wurden dem GUD übertragen. Diese Veränderungen musste mit anderen Projekten kompensiert werden. Zurzeit prüft die IMMO die Option von variablen Überbuchungen, damit kann zukünftig bei einer Verzögerung eines Projektes flexibler auf die neue Situation eingegangen werden kann. Für das Stadion Hardturm werden ausserhalb vom Plafond 150 Mio. Franken eingeplant. 2014: 16,2 Mio. / 2015: 25,4 Mio. / 2016: 64,1 Mio. / 2017: 44,3 Mio. Franken. Das AHB hat 2013 - 2016 durchschnittlich 4,7 Mio. Franken für Energiesparmassnahmen an städtischen Liegenschaften vorgesehen.

Stellenplan

2013: Im AfS sind 2 zusätzliche auf 2 Jahre befristete Stellen für die Erstellung von denkmalpflegerischen Grundlagen für kommende Sanierungen an inventarisierten Objekten eingeplant. Im AHB sind der Aufbau einer Fachstelle Projektökonomie, sowie 0.4 Stellen für nachhaltiges Bauen vorgesehen (siehe energetischen und ökologischen Sanierungsmassnahmen von Liegenschaften). Die IMMO plant ein(e)n RegistrarIn Kunstinventar und eine(e)n ChefeinkäuferIn. Im DS sind 0.3 Stellenwerte für den Beauftragten Behindertengleichstellung noch bis 2014 befristet. Im AFP der IMMO sind 2014 eine Stelle für ein(e)n LageristIn, 2015 je eine Stelle für ein(e)n MessspezialistIn Heizung/Klima und ein(e)n KundenbetreuerIn und 2016 ein(e)n ServiceschreinerIn eingeplant.



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	1'511.3	1'539.2	1'504.7	1'533.6	1'570.7	1'611.7
Total Ertrag	-1'464.5	-1'495.0	-1'473.2	-1'491.6	-1'525.9	-1'566.8
Saldo	46.7	44.2	31.5	42.0	44.9	44.9

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	296.1	368.2	427.6	468.6	421.8	404.0
6 Einnahmen	-28.0	-9.4	-110.3	-7.6	-7.9	-7.9
Ergebnis	268.1	358.8	317.4	460.9	414.0	396.2

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	3'498.1	3'645.2	3'647.7	3'665.7	3'677.7	3'685.7

Institutionen

- 4500 Departement der Industriellen Betriebe Zentrale Verwaltung
- 4502 Vorfinanzierung von Stromsparmassnahmen
- 4525 Wasserversorgung
- 4530 Elektrizitätswerk
- 4540 Verkehrsbetriebe

Generelle Entwicklung

Die Wasserversorgung rechnet mit vermehrten Aufwendungen für die Werterhaltung der Wasseraufbereitungs- und Verteilanlagen.

Die Tarifierung des ewz per 1. Januar 2013 wurde am 21. März 2012 im Gemeinderat verabschiedet. Mit der Tarifierung werden die gesetzlichen Vorgaben aus dem StromVG umgesetzt. Die Bonuszahlung an die Kundinnen und Kunden wird ab 2013 als Erlösminderung im gleichen Geschäftsjahr abgebildet. Für das Jahr 2013 und das Jahr 2014 ist ein Bonus von 10 % vorgesehen, ab 2015 wird er resultatabhängig festgelegt.

In der Planung ist abgebildet, dass die Anlagen der ewz Übertragungsnetz AG termingerech per 1. Januar 2013 in die nationale Netzgesellschaft swissgrid überführt werden. Bezüglich Wert der ewz-Übertragungsanlagen ist ein Rechtsstreit zwischen der Regulierungsbehörde ElCom und ewz pendent. Ein Gerichtsurteil wird erst im Jahr 2013 erwartet.

Die Planung geht davon aus, dass der 400-Millionen-Objektkredit für den flächendeckenden Bau eines Glasfasernetzes im Herbst 2012 von den Stimmberechtigten bewilligt und das ewz den Kooperationsvertrag mit der Swisscom in den Planjahren umsetzen wird.

ewz plant Investitionen in Windenergie, Biomasse, Kleinwasserkraft und Solarprojekte. Die Nachfrage hat sich mit dem durch den Bundesrat beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie verstärkt.

Die finanzielle Entwicklung der VBZ für die Jahre 2013 bis 2016 richtet sich nach der mit dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) vereinbarten Finanz- und Investitionsplanung. Darin sind bereits die Auswirkungen der «Zielvereinbarung VBZ-ZVV 2012 bis 2016» enthalten. Mit dieser Zielvereinbarung wird eine nachhaltige Kostenreduktion und eine Steigerung der Nebenerträge im Bereich Verkehrsmittelwerbung angestrebt.

Laufende Rechnung

Der Gemeindebeitrag der Stadt Zürich an den ZVV beläuft sich gemäss aktueller Planung (Stand Mitte Juli 2012) des ZVV im Jahr 2012 auf 106 Mio. Franken; im 2013 auf 91,2 Mio. Franken (inkl. Rückerstattung aus Rechnung 2011); im 2014 auf 102,6 Mio. Franken; im 2015 auf 107,4 Mio. Franken; im 2016 auf 109,8 Mio. Franken.

Der Erlös des ewz aus dem Verkauf der Überschussenergie auf dem freien Markt wird durch die schwer vorhersehbaren Strompreise und den Euro-Wechselkurs bestimmt und beeinflusst das Resultat massgeblich.

Das ewz plant eine Gewinnablieferung von 9 % auf dem Ertrag, das ergibt im Budget 2013 rund 68,3 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

Die im AFP 2012-15 für 2013 geplante Rückzahlung der Vorfinanzierung für das Tram Zürich-West entfällt, da die Stadt Zürich in den Jahren 2010 und 2011 in dieser Grössenordnung weniger vorfinanzieren musste. Dies weil Mittel aus dem Infrastrukturfonds des Bundes früher zur Verfügung standen als geplant.

Die Investitionen des ewz in erneuerbare Energien lassen sich nur schwer planen, da die Projekte im Wettbewerb stehen und von Bewilligungen abhängig sind. Dies kann zu Abweichungen gegenüber den Planzahlen führen.

In der Planung der VBZ sind im Jahr 2013 Investitionsbeiträge (Einnahmen) für das Tram Zürich-West von Bund und Kanton von 103 Mio. Franken enthalten. In den Jahren 2015 und 2016 sind Investitionen für die neue Tramverbindung Hardbrücke (Hardplatz-Pfingstweidstrasse) budgetiert. Im 2014 sind Anzahlungen für Trambeschaffung Ersatz Tram 2000 geplant.

Stellenplan

Im Departementssekretariat werden 1.8 neue Stellen zur Bewältigung der juristischen und energiepolitischen Aufgaben benötigt.

Das ewz beantragt per 2013 19 zusätzliche Planstellen, insbesondere für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die Vorbereitung auf die weitere Strommarktöffnung und die Stärkung der Energiedienstleistungen.

Die VBZ bauen per Ende 2012 18.35 Planstellen ab.

In den Folgejahren werden vom ewz weitere Stellen für die erhöhten regulatorischen Anforderungen, die bevorstehende Marktöffnung und für den Ausbau der erneuerbaren Energien benötigt.



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	974.5	1'008.4	1'064.2	1'105.7	1'135.3	1'171.6
Total Ertrag	-159.8	-159.1	-158.4	-162.9	-165.1	-166.8
Saldo	814.8	849.3	905.8	942.7	970.2	1'004.8

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	1.8	2.4	2.8	3.3	1.9	1.9
Ergebnis	1.8	2.4	2.8	3.3	1.9	1.9

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	3'072.1	3'074.4	3'327.8	3'503.7	3'672.6	3'881.0

Institutionen

5000 Schul- und Sportdepartement Zentrale Verwaltung
 5005 Schul- und Büromaterialverwaltung
 5010 Schulamt
 5026 Musikschule Konservatorium Zürich
 5050 Schulgesundheitsdienste
 5063 Fachschule viventa
 5070 Sportamt

Generelle Entwicklung

Zentrale Verwaltung (ZV): Der Investitionsbedarf bei den Pestalozzibibliotheken und der Zentralbibliothek führt zu erhöhtem Abschreibungsaufwand im Beitragswesen des SSD.

Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV): Die in den vergangenen Jahren entstandenen Ertragsüberschüsse in der Rechnung der SBMV werden abgebaut und in Form von Margenreduktionen bei Lieferungen und Leistungen an die Dienstabteilungen und Schulen weitergegeben.

Schulamt: Kostenseitig sind die Weiterentwicklung des Lebensraums Schule (Ausbau Betreuung) und die Organisation der sonderpädagogischen Angebote nach wie vor prägend. Dazu kommt eine kontinuierliche Steigerung der Schülerzahlen. Auch dieser Trend wird gemäss Prognosen in den nächsten Jahren anhalten. Auf Unterrichtsebene stehen der Umgang mit Heterogenität und der Einsatz moderner Technologien weiterhin im Zentrum.

Musikschule Konservatorium Zürich: Das Interesse an musikalischer Bildung an Musikschule Konservatorium Zürich MKZ nimmt nach wie vor zu. Das Klassenmusizieren in der Volksschule und das Chorsingen finden grossen Anklang und sollen deshalb weiter ausgebaut werden. Zudem sind mit der Integration von Zürich Konservatorium Klassik und Jazz zusätzliche Angebote und Kundensegmente hinzugekommen. Dies führt auch in den nächsten Jahren zu einer weiteren Nachfrage.

Schulgesundheitsdienste: Die Schule mit ihrem Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsauftrag ist als Lebensraum, in welchem die Kinder sehr viel Zeit verbringen neben der Familie prägend für deren Gesundheit und Entwicklung. Die Unterstützung durch die Schulgesundheitsdienste soll es der Schule ermöglichen, ihr präventives und gesundheitsförderliches Potenzial möglichst optimal auszuschöpfen. Diesbezügliche Schwerpunkte sind in der jetzigen Legislaturperiode die Förderung von Bewegung und gesunder Ernährung zur Bekämpfung des weitverbreiteten Übergewichts und die nachhaltige Verankerung bereits erfolgreicher Angebote in diesem Bereich. Auch bei der Früherkennung und Frühintervention bei gefährdeter psychosozialer Entwicklung kann die Schule eine Schlüsselfunktion innehaben und mit Unterstützung durch die Schulgesundheitsdienste viel zur Vermeidung langdauernder und eskalierender Probleme von Kindern beitragen. Die neue Dachstrategie Gesundheitsförderung und Prävention ist wegleitend für die Ausrichtung der Aktivitäten der Schulgesundheitsdienste.

Fachschule Viventa: Mit der Aufhebung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung auf den 1. Januar 2012 fallen Subventionen des Kantons für die Erwachsenenbildung weg. Dieser Einnahmehausfall wird über die nächsten drei Jahre durch die Anpassung des Angebotes kompensiert. Im Berufsvorbereitungsjahr wird weiterhin auf eine hohe Quote bei den Anschlusslösungen geachtet.

Sportamt: Es sind verschiedene grosse Neubauprojekte (u.a. Fussballstadion, Eis- und Volleyballarena) sowie Sanierungs- und Umbauvorhaben (z.B. Hallenbad City, Sportzentrum Heuried) in Ausführung oder Planung. Diese Vorhaben führen zu höheren internen Verrechnungen seitens Immobilien-Bewirtschaftung und Grün Stadt Zürich und/oder zu Beiträgen zur Deckung des Betriebsdefizits. Mit der Frauen Volleyball EM 2013 und der Leichtathletik EM 2014 werden zwei einmalig stattfindende Grossanlässe unterstützt. Infolge steigender Schülerzahlen und mehr Zeit, die im Lebensraum Schule verbracht wird, ist mit mehr Leistungen für den Schulsport zu rechnen (z.B. neue Dreifachsporthalle Blumenfeld).

Laufende Rechnung

Die Erläuterungen beziehen sich auf die Budgetveränderungen 2012/13.

Schul- und Büromaterialverwaltung (SBMV): Steigende Schülerzahlen führen zu einem Mehrbedarf an Lehrmitteln (1,7 Mio. Franken) und erhöhen zusammen mit den Budgets der übrigen städtischen Bezüger die interne Ertragsverrechnung (2,6 Mio. Franken). Die Abrechnungen für Fotokopierer und Multifunktionsgeräte an Schulen werden neu über die SBMV abgewickelt.

Schulamt: Die Betreuung im Bereich des Hortausbaus und der Sonderschulen sowie die Übernahme des SchülerInnenheimes Valbella vom SV Service erfordern die Schaffung von zusätzlichen Stellen (17,5 Mio. Franken). Die Löhne der Lehrkräfte erhöhen sich durch Anpassung an den Bedarf des laufenden Schulbetriebs bei der Heilpädagogischen Schule und bei den Therapien und unterliegen den Änderungen gemäss kantonaler Lehrpersonalverordnung (LPVO) (8,1 Mio. Franken). Die höheren Entschädigungen an den Kanton für die Löhne der Lehrkräfte



manifestieren sich durch Änderungen gemäss kantonaler Lehrpersonalverordnung (LPVO), durch eine zusätzliche Lektion Handarbeit in der 5./6. Primarstufe, durch einen höheren Bedarf aufgrund des bisherigen Geschäftsverlaufs und durch die Sanierung der kantonalen Pensionskasse BVK (14,5 Mio. Franken). Steigende Schülerzahlen erfordern einen höheren Bedarf an Lehrmitteln, welche bei der SBMV bezogen werden (rd. 1,7 Mio. Franken). Zusätzliche Schul- und Betreuungsflächen führen zu einer höheren Belastung durch die IMMO (1,7 Mio. Franken). Die Zunahme der Elternbeiträge durch den Ausbau der Betreuungseinrichtungen und die Übernahme des SchülerInnenheimes Valbella vom SV Service führen zu höheren Erträgen (2,4 Mio. Franken). Die geringeren Rückerstattungen von Dritten sind hauptsächlich auf die wegfallende Weiterverrechnung der Transportkosten für ausserstädtische Kinder in den städtischen Sonderschulen zurückzuführen (1,1 Mio. Franken). Die tieferen Beiträge des Kantons resultieren hauptsächlich aus dem Systemwechsel in der Finanzierung der Sonderschulen (Finanzausgleichsgesetz vom 12.7.2010, § 65 b – Wechsel von Betriebsbeiträgen zu Personalkostenbeiträgen) (3,1 Mio. Franken).

Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ): Aufgrund einer steigenden Nachfrage nach Instrumental- und Vokalunterricht sowie nach Klassenmusizieren werden Stellen beim Lehrpersonal geschaffen; ausserdem fallen Lohnmassnahmen gemäss kantonalen Vorgaben an (1,5 Mio. Franken).

Schulgesundheitsdienste: Durch den Verzicht des Regierungsrates auf eine Kantonalisierung des Schulpsychologischen Dienstes fällt die kantonale Kostenbeteiligung weg (2 Mio. Franken).

Fachschule Vivanta: Durch eine veränderte Nachfrage beim Berufsvorbereitungsjahr werden sowohl die Anzahl Klassen vermindert als auch Stellen beim Lehrpersonal reduziert (0,8 Mio. Franken). Mit dem Rückgang der Schülerzahlen im Berufsvorbereitungsjahr gehen auch die Subventionen des Kantons zurück. Ausserdem fallen durch die Aufhebung des Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung auch Subventionen bei der Erwachsenenbildung weg (1 Mio. Franken).

Sportamt: Mehr schulpflichtige Kinder führen zu mehr Schwimmlektionen und mehr freiwilligen Schulsportkursen für das Schulamt und verursachen höhere Personalkosten, bspw. für Schwimmlehrkräfte (0,6 Mio. Franken). Durch den Ganzjahresbetrieb des Hallenbades City und durch die Übernahme des Hallenbades Leimbach von der Betriebsgesellschaft entstehen Mehrkosten (0,8 Mio. Franken). Der Ganzjahresbetrieb des Hallenbades City, die Übernahme des Hallenbades Leimbach und mehr Feriensportkurse generieren Mehrerträge von 1,4 Mio. Franken.

Investitionsrechnung

2012/13, 2014: Erhöhung des Investitionsbeitrags an die Pestalozzibibliotheken (PBZ) für anstehende Investitionen (bspw. Umstellung der noch nicht renovierten Bibliotheken auf das elektronische Verbuchungssystem RFID, Renovation Filiale Höngg) sowie an die Zentralbibliothek (bspw. Sanierungsmassnahmen, Speicherbibliothek).

Ab 2015 Reduktion der Investitionsbeiträge an die Bibliotheken (PBZ: Geplanter Abschluss Umbauvorhaben Filiale Affoltern. ZB: Abschluss aktuelle Sanierungsmassnahmen).

Unverzinsliches Darlehen an die Veranstalter der Leichtathletik EM 2014.

Stellenplan

Zentrale Verwaltung:

Durch die Zentralisierung der IT des SSD wurde mit dem ZK 1/12 der Stellenwert des IT-Leiters vom Schulamt in die Zentrale Verwaltung saldoneutral verschoben (+1.0 Stw.). Weitere Stellenverschiebungen aus den DA's in die Zentrale Verwaltung sind derzeit noch in Abklärung und werden mit dem Novemberbrief 2012 zum Budget 2013 konkretisiert und beantragt (ebenfalls saldoneutral). Stellenverschiebung (+0.1 Stw.) von der Musikschule Konservatorium Zürich an die Zentrale Verwaltung (Rechtsdienst).

Schulamt:

Ausgangslage für das Budget 2013 ist das Budget 2012 inkl. Zusatzkredit I (2 160.05 Stw., +120.0 Stw. für die Betreuung, +0.3 Stw. aus Rückverschiebung von den Schulgesundheitsdiensten aufgrund des Projektabschlusses Monitoring Sonderschulung, -1 Stw. Verschiebung an die Zentrale Verwaltung = 2'279.35 Stw.).

Budget 2013 (+121.8 Stw.): Betreuung (+83.5 Stw.); städtische Sonderschulen (+26.8 Stw.); Therapien (+7.7 Stw.); Kleinpensen in den Regelklassen sowie MSP (Mannschaftssport) und K+S (Kunst- und Sportschule Zürich) (+7.6 Stw.); Universikum (+0.5 Stw.); Verwaltung und Kreisschulpflegen (+3.3 Stw.); SchülerInnenheim Valbella (+2.6 Stw.); integrierte Kindergärten (hauptsächlich kantonale Anstellungen) (-9.5 Stw.); Sonderschulung im Einzelunterricht (-0.7 Stw.).

2013/14 (+168.7 Stw.): Betreuung (+110 Stw.); Klassenassistenzen (+30 Stw.); Ausbau Schulsekretariate (+20 Stw.); Therapien (+2 Stw.); Lehrpersonal aufgrund steigender SchülerInnenprognosen (+6.7 Stw.).

2014/15 (+158.7 Stw.): Betreuung (+110 Stw.); Klassenassistenzen (+30 Stw.); Ausbau Schulsekretariate (+10 Stw.); Lehrpersonal (städtische Kleinpensen) aufgrund steigender SchülerInnenprognosen (+8.7 Stw.).

2015/16 (+195.2 Stw.): Betreuung (+110 Stw.); Klassenassistenzen (+60 Stw.); Ausbau Schulsekretariate (+20 Stw.); Lehrpersonal (städtische Kleinpensen) aufgrund steigender SchülerInnenprognosen (+5.2 Stw.).

Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ):

Aufgrund der SchülerInnenprognosen nimmt die Nachfrage nach Instrumental- und Vokalunterricht deutlich zu und führt zu mehr Stellen beim Lehrpersonal: 2013 (+9.0 Stw.), 2014 - 16 (+10.0 Stw. p.a.). Zusätzlich wird im 2013 für die Verwaltung eine Stelle benötigt (+1.0 Stw.). Das Wachstum wirkt sich auch auf alle übrigen Verwaltungsbereiche aus, so dass voraussichtlich auf 2014 eine weitere Stelle in der Verwaltung erforderlich sein wird. Stellenverschiebung (-0.1 Stw.) an die Zentrale Verwaltung (Rechtsdienst).

Schulgesundheitsdienste:

Rückverschiebung in das Schulamt aufgrund des abgeschlossenen Projektes Monitoring Sonderschulung (-0.3 Stw.).

2014 - 16: befristete Stellen Schulpsychologischer Dienst (-3.0 Stw.).



Fachschule Viventa:

Verschiebung geschaffene, nicht budgetierte Stellenwerte an das Sportamt (-3.8 Stw.): Mit dem Rückgang der Anzahl Klassen im Berufsvorbereitungsjahr müssen einerseits beim Lehrpersonal Stellen gestrichen werden (-3.0 Stw.) und durch den Wegfall der kantonalen Subventionen in der Erwachsenenbildung sind andererseits weitere Stellen einzusparen (-0.8 Stw.).

Sportamt:

Verschiebung geschaffene, nicht budgetierte Stellenwerte von der Fachschule Viventa (+3.8 Stw.) resp. effektive Schaffung von Planstellen (+1.6 Stw.), resultierend aus der Übernahme des Hallenbades Leimbach von der Betriebsgesellschaft (+2.3 Stw.), Talent Eye (+1.0 Stw.) und mehr Feriensportkurse (+2.1 Stw.) in 2013. Zunahme Schulschwimmlektionen in 2014 - 2016 wegen steigender Anzahl Schulkinder in der Stadt Zürich (+0.2 Stw. p.a.). Betrieb der Dreifachsporthalle Blumenfeld ab Sommer 2016 (+3.0 Stw.).



Laufende Rechnung	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total Aufwand	1'299.8	1'324.1	1'395.2	1'423.4	1'439.0	1'451.8
Total Ertrag	-578.5	-516.7	-533.5	-537.4	-542.5	-547.3
Saldo	721.3	807.4	861.6	886.0	896.5	904.5

Investitionsrechnung VV	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
5 Ausgaben	0.0	1.8	1.7			
Ergebnis	0.0	1.8	1.7			

Stellenplan	RE 2011	BU 2012	BU 2013	P 2014	P 2015	P 2016
Total	1'408.5	1'434.4	1'500.8	1'516.0	1'524.5	1'525.2

Institutionen

5500 Sozialdepartement Zentrale Verwaltung
5510 Support Sozialdepartement
5515 Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV
5520 Laufbahnzentrum
5530 Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde
5550 Soziale Dienste
5560 Soziale Einrichtungen und Betriebe

Generelle Entwicklung

Der Ausbau der subventionierten Betreuungsplätze wird vorangetrieben. Um der ungebrochen starken Nachfrage zu entsprechen werden jährlich +/- 100 subventionierte Betreuungsplätze geschaffen.
Die Fallzunahmen und die damit verbundene Kostensteigerung im Bereich der Zusatzleistungen bewegen sich im Rahmen der Vorjahre. Im Bereich der Pflegebeiträge wurde eine Neukalibrierung der Pflegestufen vorgenommen. Die Überführung der bisherigen Pflegestufen in das ab 2013 gültige System generiert Mehrkosten von 13 Mio. Franken (netto).
Eine Studie des Bundesamts für Statistik zur Bevölkerungsentwicklung 2010-2035 bestätigt die Prognose von Statistik Stadt Zürich, dass in den nächsten Jahren mit einer Zunahme der Stadtbevölkerung, insbesondere der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, zu rechnen ist. Der Ressourcenbedarf im Bereich Berufs- und Laufbahnberatung wird sich dementsprechend verändern.
Gestützt auf die Prognosen werden in den Bereichen Existenzsicherung und erzieherische Hilfe keine markanten Veränderungen erwartet. Im Bereich der Arbeitsintegration wird weiterhin mit einer hohen Auslastung gerechnet.

Laufende Rechnung

Die laufende Rechnung widerspiegelt die generelle Entwicklung.

Investitionsrechnung

Die im Budget 2013 ausgewiesenen Investitionen können dem Projekt «Strichplatz» (STRB 565/2011) zugeordnet werden.

Stellenplan

In der Berichtsperiode 2013-2016 schafft das Sozialdepartement 24.4 Stellenwerte (inkl. rund 6.0 befristete Projektstellenwerte). Die Stellenschaffungen stellen die Erbringung des Leistungsauftrags des Sozialdepartements sicher.